

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 fl., monatl. 4,80 fl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 fl. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 fl., monatl. 5,36 fl. Unter Streifband in Polen monatl. 7 fl. Danzig 3 Gld. Deutschland 2,5 fl. Mtl. — Einzelnummer 25 fl. Sonntags 30 fl. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 80 mm breite Kolonialzelle 80 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 150 Groschen, Danzig 20 fl., 100 fl. fl. Deutschland 20 fl., 100 Groschen, übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platvorrichtung und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erstellen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Postlestellkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 178.

Bromberg, Sonnabend den 7. August 1926.

33. (50.) Jahr.

Ein Jubiläum.

Bromberg, 6. August 1926.

Heute jährt sich zum dritten Male der Tag, an dem auf Veranlassung der politischen Polizeibehörden im ganzen ehemals preußischen Teilgebiet **Haussuchungen** bei deutschen Organisationen und Bürgern dieses Landes vorgenommen wurden. In Bromberg wurden mit diesen Besuchen vor allem die Landesvereinigung des „Deutschkultusbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte“, der „Landwirtschaftliche Zentralverband“, der „Deutsche Wohlfahrtsbund“, die Schriftleitung des „Deutschen Heimatboten in Polen“, die „Interessengemeinschaft für die werktätige Bevölkerung“, der „Deutsche Schulverein in Polen“, außerdem das Civillasino und der Männerklub „Fritjof“ bedacht. Gleichzeitig gesielte es dem Herrn Stadtpräsidenten, den „Deutschkultusbund zur Wahrung der Minderheitsrechte“, eine durchaus legale Organisation zu schließen, die unter dem Schutz des Minderheitenvertrages und der polnischen Verfassung stand.

Auch die Schriftleitung der „Deutschen Rundschau in Polen“ und die Wohnung ihres Chefredakteurs wurde eingehend nach hochverräterischen Dokumenten durchsucht. Während man in der Privatwohnung — wie selbst die hiesige polnische Presse in dankenswerter Weise feststellte, — trotz der sorgfältigen Einsichtnahme in Brautbriefe und ähnliche Privatkorrespondenzen keinen Grund zu einer Verhaftung fand, wurde in der Redaktion zwei Manuskripte einbehalten, die gerade in Druck gegeben werden sollten, sowie die Zuschrift eines Lesers, der uns aufforderte, öffentlich dafür einzutreten, daß die Züge, die in der Richtung Schneidemühl-Bromberg verkehrten, auch bei Tagesfahren sollten, weil eine Grenzkontrolle zur Nachtzeit nicht gerade zu den angenehmsten Erlebnissen der Reisenden gehört. Man hat uns trotz eines Studiums von drei Jahren wegen dieser verdächtigen Dokumente noch nicht den Prozeß gemacht, und ebenso ist es den anderen so schwer beschuldigten Organisationen und Privatpersonen ergangen, die sich damals trotz ihres guten Gewissens begreiflicher Weise nicht in geringerer Aufruhr befanden. In anerkennenswerter Weise haben unsere parlamentarischen Vertreter unermüdlich in Interpellationen und Parlamentsreden die Einleitung des Strafverfahrens und die mit diesem Prozeß notwendig verbundene Freigabe des „Deutschkultusbundes zur Wahrung der Minderheitsrechte“ verlangt. Unter verschiedenen Regierungen verschiedener Färbung blieben diese Anträge ohne jeden Erfolg.

So kommt es, daß der Deutsche in Polen dieses denkwürdige Jubiläum des 6. August mit höchst eigenartigen Empfindungen begeht. Noch immer ist das Generalogramm des damaligen Außenministers Marian Sendak unwiderruflich, das uns staatsfeindliche Bestrebungen nachfragte, und damit selbstverständlich auf den hohen Garanten unserer Minderheitsrechte Eindruck machen sollte. Noch immer blieb die Verleumdung unbewiesen, mit der die nationale polnische Presse anlässlich dieser Durchsuchung gegen uns wütete. Wir sind nur jenem Beantwoorten zu Dank verpflichtet, der ancheinend die „hochverräterische“ Zuschrift, die in der Redaktion der „Deutschen Rundschau“ beobachtet wurde, an höhere Stellen weitergab, und dadurch erreichte, daß inzwischen auch Tageszeitungen eingerichtet wurden, in denen man die nächstgelegene deutsch-polnische Grenze passieren kann. Wir haben für die nächste Haussuchung die ungezählten Zuschriften aus dem Referat gesammelt, die sich mit der Frage beschäftigen, und wollen gern alle Unannehmlichkeiten eines derartigen Besuches auf uns nehmen, wenn damit erreicht wird, daß man mit verbilligten Pässen über Friedheim westwärts fahren kann.

Wie wir erfahren, beabsichtigt man nämlich, dem oben näher bezeichneten Jubiläum durch eine neue, „die Verteidigung der Westmarken sichernde Aktion“ ein besonderes Gepräge zu verleihen. So wurde unsere Stadt durch den Besuch einer besonderen Untersuchungskommission begütigt, die von Herrn Chłapski geleitet wird, dem u. a. die Herren Stępień, Olszak und andere politische Größen zur Seite stehen. Auch Namen mit deutschem Klang finden sich darunter. In ihrer großen Weisheit hat diese Kommission erkannt, daß einem neuen Regierungskurs — neue Untersuchungen entsprechen müssen, und wo wären solche Studien besser anzustellen, als bei den deutschen Sejmabgeordneten und ihren Mitarbeitern, oder bei der „Deutschen Rundschau“ und der „Volksszeitung“? Bekannte Namen werden durch dieses Interesse von neuem geehrt; daß man sich auch für das weibliche Personal interessieren will, gibt dem ganzen Unternehmen eine etwas versöhnende Note.

Wir geben dem gewaltigen Herrn L. in Posen zu bedenken, daß es viele politische Aktionen gibt, deren Erfolg sich in das Gegenteil von dem verkehren kann, was man sich von solcher Arbeit verspricht. Der gegenwärtige Moment, in dem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen auf eine neue versöhnliche Basis gestellt werden, ist wahrhaftig schlecht genug gewählt, um derartige Kommissionen zu finanzieren, die letzten Endes die Taschen auch der deutschen Steuerzahler in Polen belasten. Der Herr Außenminister hat eine Friedensvertragsgesellschaft gegenüber allen Nationen der polnischen Republik verheißen.

Wo sind die Taten, die diesen Worten entsprechen? Wo bleibt der Deutschkultusbundprozeß? Wo bleibt die Be-

strafung unserer Verbündeten? Wir haben ein reines Gewissen und gehen einen geraden Weg. Wer uns schaden will, schadet sich selbst!

Zurückgestoßene Hände?

Der „Dziennik Poznański“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 5. d. M. an leitender Stelle einen Aufsatz unter der Überschrift „Zurückstoßen der Hände“, in dem er die Aussichten für den Abschluß eines Handelsvertrages einer Erörterung unterzieht. Natürlich nimmt das Blatt — ein Organ der christlich-nationalen Partei — entschieden gegen den Abschluß des Handelsvertrages Stellung und weist darauf hin, daß man in Deutschland mit dem Vertrag doch nur Polen zu schaden beabsichtige, was vor allem auch aus der unerhörten antypolnischen Propaganda der deutschen Presse hervorgehe und aus der Aufnahme, die die großen Friedensreden Szalesski und Bartel in Deutschland fänden. Hierüber schreibt das Blatt:

„Nach dem Minister Szalesski sprach der Premierminister Bartel, der einen neuen Kurs in der Nationalitätenpolitik aufstieg. Seine Rede war (in Deutschland) der Gegenstand eines ironischen Lächelns, und eine Zeitung (welche? D. Red.), die das Organ von deutschen Regierungsmitgliedern ist, sagte offen heraus, was die Deutschen fühlen: es könne keine Rede sein von einer Änderung der Nationalitätenpolitik, ohne eine Änderung des Auftretens gegenüber den in Polen verbliebenen Deutschen, die nur davon träumen, wieder an Deutschland zurückzufommen.“

Es wäre interessant, vom „Dziennik Poznański“ zu erfahren, welches reichsdeutsche Blatt diese Äußerungen getan hat. Wir glauben dieses Märchen nicht und haben als Deutsche in Polen — das mögen sich die Herren Kollegen in Posen gefragt sein lassen — ganz etwas anderes zu tun, als dazustehen und von der Rückkehr an Deutschland zu träumen. Wir können uns nicht auf Träumereien einlassen, sondern müssen in der rauen Wirklichkeit um unsere Existenz — in wirtschaftlicher wie in kultureller Hinsicht — kämpfen.

Doch aber der „Dziennik Poznański“ diese Frage in Zusammenhang mit den Wirtschaftsverhandlungen bringt, leuchtet uns sehr ein. Denn tatsächlich dürfte den Deutschen im Falle der Abschluß eines Handelsvertrages, bei dem doch in erster Linie Polen Vorreite hat, schwer fallen, solange ihre Brüder in Polen weiterhin als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt und ihre elementarsten kulturellen, selbst durch die polnische Verfassung gesicherten Rechte unentwegt verletzt werden.

Der Senat fordert ein Verfassungstribunal.

Der Konflikt zwischen Sejm und Senat beigelegt.

Warschau, 6. August. (PAT.) Vor Eintritt in die Tagessitzung der gestrigen Senatsitzung erklärte der Marschall, daß der erste Punkt der Beratungen, d. h. der Beschluss des Sejm über die Änderung der Konstitution in Anbetracht der veränderten Sachlage nicht mehr aktuell sei. Man könne höchstens in die Diskussion über einen Antrag des Senators Szanowski, des Vorsitzenden der Verfassungskommission, eintreten, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Senat stellt fest, daß bei dem von den gesetzgebenden Kammer gefassten Beschluss über den Gesetzentwurf betreffend die Verfassungsänderung eine Meinungsverschiedenheit in der Auslegung der Konstitution herrsche. Um zu verhindern, daß derartige Konflikte sich wiederholen, fordert der Senat die Regierung auf, einen Gesetzentwurf zu bearbeiten, nach welchem eine Institution ins Leben gerufen werde, welche die Aufgabe hätte, über Streitigkeiten zu entscheiden, die sich in Zukunft bei der Auslegung der Bestimmungen der Konstitution ergeben könnten.“

Zur Begründung dieses Antrages ergriff der Antragsteller selbst das Wort, der einleitend feststellte, daß nach Artikel 125 der Konstitution sämtliche Verfassungsänderungen des Beschlusses durch den Sejm und den Senat bedürfen. Diese Interpretation habe die Zustimmung beider Kammer gefunden und sei bis jetzt auch stets in die Praxis umgesetzt worden. Zum Artikel 6 der Novelle und besonders zu dem letzten Abschnitt dieses Artikels über das Recht zum Erlaß von Verordnungen übergehend, gab der Redner seiner Meinung dahingehend Ausdruck, daß man diesem Artikel eine andere Auslegung gegeben habe. Die Forderung des Senats, die Kontrolle über die von der Regierung erlassenen Verordnungen außer dem Sejm auch auf den Senat auszudehnen, sei so behandelt worden, als ob sie lediglich eine Abänderung am Wortlaut des Sejmbeschlusses darstelle, und als ob sich der Senat mit diesem Sejmbeschluss einverstanden erklärt hätte. Durch diese Auslegung sei die sogenannte Abänderung des Senats gefallen, und nur ein Teil dieses Abschnittes sei im Wortlaut des Beschlusses der Sejmkommission beibehalten worden. Es unterliege keinem Zweifel, daß ohne diese Abänderung der Senat diesen Abschnitt nicht beschlossen hätte. Der Redner suchte den Nachweis zu führen, daß noch nach der Abstimmung im Sejm die Sache an den Senat hätte zurückgegeben werden müssen. Er halte diesen Standpunkt zwar aufrecht; doch da die betreffenden Gesetze durch ihre Veröffentlichung bereits in Kraft getreten wären, beschränke er sich darauf, die Annahme seines Antrages zu fordern.

In der Diskussion meldete sich als erster Senator Bożnicki (Byzowolite) zum Wort, der nach Analyseierung des Charakters des Konflikts feststellte, daß hier lediglich von einem Konflikt zwischen dem Senatsmarschall und der Regierung die Rede sein könne. Auf die Art des Beschlusses der Verfassungsänderung eingehend, polemisierte der Redner mit den Ausführungen des Antragstellers und trat dafür ein, daß das Gesetz über die Verfassungsänderungen unmöglich von der einen zur anderen Kammer wandern dürfe. Zum Schlus sprach sich der Redner gegen den Antrag aus, der einen demonstrativen Charakter trage

Der Stand des Zloty am 6. August:

In Danzig: Für 100 Zloty 56,60

In Berlin: Für 100 Zloty 45,95

(beide Notierungen vorbörslich)

Bank Poloni: 1 Dollar = 8,98

In Warschau knapp 1 Dollar = 9,10.

und im Widerspruch mit der Konstitution stehe, da eine Institution, die über die Gültigkeit von Gesetzen zu entscheiden hätte, durch die Konstitution hätte vorgesehen werden müssen.

Nach einer Bemerkung des Senatsmarschalls, der bestonte, daß er im Rahmen des Reglements und der ihm zustehenden Rechte gehandelt habe, und nach weiteren kurzen Erklärungen verschiedener Senatoren wurde der Antrag ohne Veränderungen angenommen.

Zum Schlus teilte der Marschall mit, daß er die Absicht habe, die nächste Senatsitzung am 15. September einzuberufen.

Ein Ausnahmegesetz gegen die deutsche Minderheit.

Interpellation

des Abgeordneten Daceko von der Deutschen Vereinigung im Sejm und anderer Abgeordneter an den Herrn Ministerpräsidenten, Herrn Justizminister und Herrn Minister für Bodenreform wegen Ablehnung des Gesetzes der preußischen Regierung vom 11. Dezember 1918 (Preußische Gesetzgattung Jahrgang 1919 Nr. 2) und des Reichsgesetzes vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt Jahrgang 1919 Nr. 155 Seite 1429) betr. Beschaffung von Siedlungsland für den Bereich der Wojewodschaften Posen und Pommern.

Nach der deutschen Revolution ging das Bestreben der Landesregierungen und der deutschen Reichsregierung dahin, zur Förderung der inneren Kolonisation Siedlungsland zu gewinnen, um den Kriegsteilnehmern und Kriegsinvaliden, die der Landwirtschaft entstammten, Gelegenheit zu geben, sich auf dem Lande anzusiedeln. Die preußische Regierung erließ zu diesem Zweck das Gesetz vom 23. Dezember 1918, nach dem dem Staat das Vorkaufsrecht der landwirtschaftlichen Grundstücke aufzugeben hatte, die mehr als 20 Hektar Land hatten. Das Deutsche Reich erließ am 11. August 1919 das Reichsfließungsgesetz, das grundsätzlich die Gesetze der Länder, die zu demselben Zwecke geschaffen waren, aufhob. In diesem letzten Gesetz wurde dem Reich das Vorkaufsrecht auf Grundstücke, die mehr als 25 Hektar umfaßten, eingeräumt.

Die deutsche Revolution und der Versailler Friede hatten auch die Landbevölkerung stark beunruhigt. Sie wurde totflos und viele glaubten, durch schnellen Verkauf ihrer Eigenschaften und Beschaffung von flüssigem Gelde sich aus der Unsicherheit der Zeitenhälften zu retten. Das Landbezirksamt D. U. B. in Posen, zu dessen Tätigkeitsbereich auch Pommern gehörte, machte nun von dem auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 ihm zustehenden Vorkaufsrecht in sehr vielen Fällen Gebrauch. Das Gesetz wurde grundsätzlich als Ausnahmegesetz gegen die deutsche Minderheit in Posen und Pommern angewandt, viele Käufer verloren ihre gekauften Grundstücke, erhielten auch nicht den von ihnen gezahlten Kaufpreis zurück und sind so ihres gesamten Vermögens verlustig gegangen. Daß dabei gegen grundlegende Rechte der Verfassung, namentlich gegen Art. 96 und 99 verstossen wurde, scherte die Bezirkslandämter nicht. Nach ihren Grundsätzen stand dem polnischen Staatsbürger deutscher Nationalität nicht das Recht des Grunderwerbs in Posen und Pommern zu. Das Vorkaufsrecht wurde dem Reich in diesen Gebieten nicht mehr zur Anwendung gebracht.

Das Agrargesetz vom 28. Dezember 1925 (Dz. Ust. R. P. vom Jahre 1926 Nr. 1, poz. 1) nach welchem für Siedlungszwecke Land freiwillig oder auf dem Wege der Enteignung zur Verfügung gestellt werden muß, ist in der Republik Polen in Kraft getreten. Alle früheren Gesetze dieser Art sind bei Inkrafttreten dieses Gesetzes aufgehoben. Trotzdem wird das Gesetz vom 23. Dezember 1918 selbst noch von den Gerichten zum Schaden der deutschen Minderheit angewandt.

Der polnische Staatsbürger Otto Wiederhöft in Lobsburg, Kreis Zembolzburg (Włoszczowa, vom Sepolno, Pomorze), verkaufte durch notariellen Vertrag am 22. Oktober 1919 an den polnischen Staatsbürger Ludwig Emil Schülke und dessen Ehefrau Wilhelmine geb. Müller, jetzt wohnhaft in Lobsburg, das Grundstück Lobsburg, Band 4, Blatt 84 mit dem lebenden und toten Inventar, wie es steht und liegt, für den Kaufpreis von 765 deutschen Reichsmark, der von Schülke bar bezahlt wurde. Das Bezirkslandamt in Posen machte von dem ihm auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch und forderte den Eigentümer Otto Wiederhöft, der inzwischen nach Deutschland abgewandert war, auf, das verkaufte Grundstück an den polnischen Staat aufzulassen, was er aber ablehnte. Der Staat erhob bei dem Landgericht in Konitz die Klage gegen Wiederhöft. Da Wiederhöft in Deutschland wohnte und den Kaufpreis für das Grundstück gezahlt erhalten hatte, kümmerte er sich nicht um den Prozeß und erschien auch nicht zum gerichtlichen Termin. Es erging gegen ihn ein Verfassungsurteil, und der polnische Staat wurde, ohne auch nur einen Groschen Entschädigung gezahlt zu haben, ins Grundbuch als Eigentümer des Grundstückes Lobsburg Band 4, Blatt 84, am 15. Oktober

1923 eingetragen. Dem Käufer Emil Schüle war das Grundstück sofort nach dem Kauf mit dem sämtlichen Leben- den und toten Inventar übergeben worden. Er hat in den fast 7 Jahren seiner Bewirtschaftung das Grundstück erheblich verbessert und das Inventar vergrößert. Er hat sich bei dem O. U. S. in Posen um die Genehmigung zur gerichtlichen Auflösung bemüht, musste sie auch als polnischer Staatsbürger im Sinne des Art. 96 der Verfassung erhalten, besonders da er länger als 4 Jahre am Weltkriege teilgenommen hatte, und nach der Begründung zu dem am 11. Dezember 1918 im Interesse der früheren Soldaten erlassenen Gesetze, erhielt aber einen ablehnenden Bescheid ohne jede Begründung.

Der einzige unausgesprochene Grund war seine deutsche Nationalität.

Unter dem 22. Juni 1926 hat nun das Bezirkslandamt in Posen durch die Generalstaatsanwaltschaft, Abteilung Posen, bei dem Landgericht in Konitz gegen den Landwirt Emil Schüle und seine Chefarzt Wilhelmine geb. Müller in Lohburg die Klage auf Räumung des Grundstückes Lohburg, Band 4, Blatt 84, eingereicht. Die vorherige Auflösung der Räumung hat Schüle abgelehnt, weil das Bezirkslandamt ihm keine Rückzahlung des Kaufpreises von 765 Reichsmark, nach der Auflösungsverordnung vom 14. Mai 1924 (D. u. N. 42 — 1924, poz. 441) 18214 Zloty, in Aussicht gestellt hatte. Das Landgericht in Konitz hat die Sache trotz der Gerichtsferien als eilig betrachtet und den Verhandlungstermin schon auf den 7. August d. J. anberaumt. Der in Aussicht genommene Nachfolger soll angeblich ohne Entschädigung in den Besitz der gesamten Ernte gesetzt werden.

Nach dem Vorbild der polnischen Rechtsprechung gegen 4083 Ansiedler mit polnischem Staatsbürgerecht und deutscher Nationalität in den ehemals preußischen Gebietsteilen, die auf Grund der Entscheidung des Internationalen Tribunals im Haag widerrechtlich von ihren Siedlungen vertrieben wurden und bis heute noch in keinem Falle eine Entschädigung erhalten haben, steht zu befürchten, daß der Landwirt Emil Schüle in Lohburg auch zur Räumung seines Grundstückes verurteilt und ohne Entschädigung seines gesamten Vermögens verausgabt werden wird. Der Sinn und Wortlaut des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 fordert aber im Falle der Ausübung des Vorkaufsrechtes unter allen Umständen die Zahlung der Entschädigung vor der Räumung bzw. Übergabe des Grundstückes.

Nach einer Mitteilung aus glaubwürdiger Quelle wurden beim Landgericht in Konitz im Jahre 1922 an einem Tage vor ein und demselben Richter auf höheren Befehl, den er vor Eintritt in die Verhandlungen auf seinem Tische vorsand,

etwa 50 Ansiedler zur Exmission verurteilt.

Unter Bezugnahme auf die vorstehenden Ausführungen fragen wir die Regierung an:

1. Ist sie bereit, das Gesetz der preußischen Regierung vom 23. Dezember 1918 (Gesetzsammlung Jahrgang 1919 Nr. 2) und das deutsche Reichsgesetzblatt vom 11. August 1919 (Reichsgesetzblatt Jahrgang 1919 Nr. 155 Seite 1429) für den Bereich der Woiwodschaften Posen und Pommern als mit dem Gesetz über die Bodenreform vom 28. Dezember 1925 im Widerspruch stehend (D. u. N. 42 — 1926 Nr. 1 poz. 1) sofort aufzuheben?
2. Ist sie bereit, Anordnungen zu treffen, daß die in dieser Angelegenheit schwedenden Verfahren sofort aufgehoben werden und
3. daß die durch die einseitige Anwendung des preußischen Gesetzes vom 11. Dezember 1918 Betroffenen eine angemessene Entschädigung erhalten?

Warschau, den 2. August 1926.

Die Intervallanten.

Die Elsaß-Lothringische Frage.

Das französische Ausnahmegesetz und die Weltmeinung.

Ein Vergleich zwischen einst und jetzt.

Der „R. W. S.“ wird aus Saarbrücken gemeldet: Das vom Justizminister Barthou vorgeschlagene Ausnahmegesetz für Elsaß-Lothringen löst in der heimatreuen Presse einen Sturm der Entrüstung aus.

Der „Elsässer“ hält den Gesetzentwurf für einen Schlag ins Wasser und bezeichnet ihn als einen unzulässigen Streich. Welches nationale Interesse verlangt denn, daß man im Widerspruch mit den Tatsachen vor aller Welt ausspreche, es sei eine separatistische Tendenz in Elsaß-Lothringen zu verfolgen, oder daß man durch Einführung eines Ausnahmegesetzes es so hinkelt, als könne Frankreich im siebenten Jahre der „Befreiung“ ohne Ausnahmegesetz mit drakonischen Maßnahmen mit Preisgabe der elementarsten Grundsätze der Freiheiten einer Republik in Elsaß-Lothringen nicht mehr auskommen. Eines sei sicher, durch die törichte Vorlage dieses Projektes in der Kammer habe die französische Regierung die Elsaß-Lothringische Frage in der internationalen Welt zur Diskussion gestellt.

Nicht minder scharf ist die Sprache des „Elsässer Kurier“, der das Ausnahmegesetz als schlimmsten und für den französischen Gedanken im Grenzland verhängnisvollsten Misstrauensbeweis neint und die Frage stellt, welches Echo diese Nachricht im Auslande hervorrufen werde. Man werde gespannt aufhorchen und aus dem Vorgehen der Regierung den Schluss ziehen, daß es zwischen dem Rhein und den Vogesen eine Frankreich feindliche Strömung von derartig großem Ausmaß gibt, daß die strengsten Gegenmaßnahmen zur Notwendigkeit geworden seien. Man werde vergleiche ziehen zwischen früher und heute. Man werde darauf hinweisen, daß Deutschland nach dem Kriege von 1870 in Elsaß-Lothringen Proteste fand und daß selbst der eiserne Kanzler nicht mit Gefangen ist gegen diese Proteste vorgegangen ist. Vom außenpolitischen Standpunkt aus hätte die Regierung Poincaré-Barthou keinen größeren Fehler begehen können. Für die Beurteilung der Lage in Elsaß-Lothringen durch das Ausland werde das Ausnahmegesetz von Saarbrücker Wirkung sein.

Ein deutsch-französisches Wirtschaftsprovisorium.

Die seit nahezu zwei Jahren zwischen der deutschen und französischen Regierung geführten Wirtschaftsverhandlungen, deren歇ender Gang wiederholt im Sande zu verlaufen drohte, haben — wie die „Dänische Zeitung“ erfährt — endlich zu einem Resultat geführt. Es ist zwar noch nicht der endgültige, die Wirtschaftsbeziehungen beider Länder in ihrer Gesamtheit regelnde Handelsvertrag, der am 5. August den Delegationschefs unterzeichnet worden ist. Das Abkommen trägt vielmehr provisorischen Charakter. Es ist in seiner zeitlichen Dauer auf sechs Monate beschränkt und umfaßt noch keineswegs die Gesamtheit der für den deutsch-französischen Gütertausch in Frage kommenden Waren. Sein Ausmaß und seine Bedeutung aber gehen über die

beiden im Frühjahr zustande gekommenen Teilstücke weit hinaus.

Während diese im Austausch gegen die Frankreich zugestandene Einfuhr einer bestimmten Menge von Früchten und anderen wirtschaftlichen Erzeugnissen lediglich einer kleinen Anzahl deutscher Spezialartikel die Grenze des Nachbarlandes öffneten, ermöglicht das soeben unterzeichnete Provisorium die Wiederaufnahme auf breiterer Basis des seit dem Kriege stark eingeschränkten Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern. Es gibt nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl von Warenkategorien, die auf beiden Seiten von der vertraglichen Regelung einseitig noch ausgeschlossen sind. Diese Ausnahmen vermögen der sehr erfreulichen Tatsache keinen Abbruch zu tun, daß die Schranken nun mehr gefallen sind, die die Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbeziehungen, wie sie vor dem Kriege zwischen Deutschland und Frankreich bestanden haben, bisher verhindert haben.

Frankreich hat zwar nicht die Meistbegünstigung, wohl aber einen beträchtlichen Abschlag von den ursprünglich in Aussicht genommenen Säcken für seine Weine erhalten, und das Kompromiß in der Frage der Zollbindung sieht vor, daß Frankreich für eine gewisse Anzahl deutscher Waren, die in einer besonderen Liste ausdrücklich aufgeführt sind, eine Erhöhung nur dann vornehmen darf, wenn der französische Index der Großhandelspreise um mehr als 30 Prozent steigen sollte.

Zu den Artikeln, die auf beiden Seiten von der vertraglichen Regelung einseitig ausgeschlossen blieben, gehört u. a. die Erzeugnisse der Textilindustrie, dagegen sind für die Erzeugnisse der deutschen Eisenverarbeitenden Industrie, insbesondere für Maschinen und Kleineinerzeugnisse, für die Produkte der chemischen und Elektroindustrie, der Leder- und Holzverarbeitung sehr beträchtliche Konzessionen erzielt worden. Frankreich hat dagegen weitgehende Zugeständnisse insbesondere für die Produkte seiner Landwirtschaft und für die Erzeugnisse gewisser Fertig- und Luxuswaren erhalten.

*

Amerikanische Anleihe für Frankreich.

„Exchange Telegraph“ meldet aus New York, daß Morgan & Co. Frankreich eine Anleihe bis zum Maximalbetrag von einer Viertel Milliarde Dollar gewährt habe. Der Betrag wird zuerst als Kredit gegeben und soll nach Durchführung der Finanzreform Frankreichs in eine Anleihe konvertiert werden.

Französischer Militarismus.

Die Pariser „Volonté“ geizt erneut die Mittstände in der französischen Armee und verlangt eine starke Verminderung des Heeresbestandes, durch die eine Einsparung von mindestens zwei Milliarden Franken jährlich erzielt werden soll.

Die französische Armee, so erklärt das Blatt mit einer bemerkenswerten Offenheit, die den französischen Amtsstellen besonders in der Zeit der Währungsnoten wenig lieblich in den Ohren hingen dürfte, sei die größte und teuerste Armee der Welt. Ihr Unterhalt verteute sich noch durch die mittelalterlichen Methoden. Während die Armee aus 82 Divisionen besteht, gebe die allgemeine Auffassung dahin, daß es unbedingt nötig sei, die Zahl auf 16 zu vermindern. Das hätte allerdings die Folge, daß zahlreiche hohe Kommandos, Dienststellen und Stäbe verschwinden müßten, so daß ihre Inhaber ohne Beschäftigung sein würden. Trotz der Erfahrungen des Krieges leiste sich weiter die französische Armee den Zugriff von 60 Kavallerieregimenten. Die Herbstmanöver im Rheinland würden einen so großen Umfang annehmen, daß die Anwesenheit eines Marschalls gerechtfertigt sein soll.

Der militärischen Zeitung, so erklärt das Blatt, stehen die finanziellen Frankreichs gänzlich unbekannt zu sein. Die Anzahl der Versorgungskosten seien seit dem Kriege bedeutend erhöht worden; um den überreichen Bestand an Generalstabsoffizieren und höheren Offizieren Beschäftigung zu geben, seien die verschiedenen Studienkomitees, Inspektionen und Kommissionen geschaffen worden, in denen es nichts zu inspirieren und nichts zu beraten gibt. Die Sparmaßnahmen, die das Parlament beschlossen habe, würden überhaupt nicht beachtet. So seien die Inspektionskommandanten der Gendarmerie als Generalinspektoren wieder eingeschmuggelt worden.

Der Panasiatische Kongress.

Das Reutersche Bureau berichtet aus Tokio: Der Panasiatische Kongress wurde heute beendet. Zu Direktoren des neuen Bundes der asiatischen Nationen wurden zwei Japaner, zwei Chinesen, zwei Indianer und ein Philippiner gewählt. Der nächste Kongress soll in Peking stattfinden. In der Schlusserklärung machte ein chinesischer Delegierter den Vorschlag, daß der Panasiatische Bund, insbesondere Indien zur Wiedergewinnung seiner Unabhängigkeit verhelfen soll, da hierdurch der weltliche Einfluß automatisch vernichtet werden würde. Der Vorschlag soll später erörtert werden.

Der Panasiatische Kongress in Nagasaki hat Resolutionen angenommen, in denen die Gründung einer panasiatischen Bank und einer Universität ausschließlich für Asiaten, sowie eine panasiatische Eisenbahn gefordert wird. Ferner sollen Künstler eine panasiatische Flagge und Literaten eine gemeinsame panasiatische Übersprache erfinden. Das Esperanto wurde als Geistesprodukt der verhassten Weißen abgelehnt.

Aus Schanghai werden Protestkundgebungen gegen die Panasiatische Konferenz gemeldet, da Japan beschuldigt wird, diese Konferenz für seine eigenen Ziele ins Werk gelegt zu haben. — Schanghai ist ein englisches Schutzgebiet, eine Tatsache, durch die sich die dortigen „Protestkundgebungen“ leicht erklären lassen.

Moskau protestiert.

Moskau, 4. August. Der russische Gesandte in Warschau hat bei der polnischen Regierung Protest gegen den Ausbau des Kriegshafens von Gdingen eingelegt. Die russische Regierung stellt fest, daß der Bau eines neuen Kriegshafens in Gdingen das Gleichgewicht im Osten störe. Um den Frieden im Baltischen Meer zu sichern, bittet die Sowjetregierung die polnische Regierung, den Bau nicht weiter zu führen.

Die polnischenaisonarbeiter.

Ein deutsch-polnischer Notenwechsel.

Berlin, 6. August. (Tel. Union.) Wie die Morgenblätter melden, ist die polnische Note über die Saisonarbeiter gestern beantwortet worden. In dieser Note, so heißt es in der Meldung, werden die deutschen Interessen in vollem Umfang gewahrt. Gleichzeitig habe sich die deutsche Regierung bereit erklärt, mit der polnischen Regierung in dieser Angelegenheit zu verhandeln.

Republik Polen.

Ausländische Schützenverbände in Polen.

Warschau, 4. August. Gestern trafen in Polen die Delegationen der Schützenverbände aus den Baltenstaaten ein. Es kamen an: aus Estland Oberst Wende, der Hauptkommandant des estnischen Schützenverbands, und die Hauptleute Lepp und Freibert; aus Finnland: der frühere Kriegsminister und Hauptkommandant des finnischen Schützenverbands, Oberst Malberg, und die Hauptleute Kontio und Savonowitz; aus Lettland: Oberst Volstein, Hauptkommandant des lettischen Schützenverbands, und Hauptmann Latis, Präses Bürger als Vertreter des Amtsblattes des Kriegsministeriums. In Wilna wurden die Gäste von Vertretern des Strzelce-Verbandes in der Wojewodschaft Wilna und von Vertretern der Behörden empfangen. Die Ankunft dieser ausländischen Gäste steht im Zusammenhang mit dem Schützen-Verbands-Tage in Kielce am 6. August, der dieses Jahr besonders feierlich begangen wird, weil er mit den Feierlichkeiten an Anlaß der gelungenen Mairevolution auf einen Tag fällt.

Wirtschaftsanierung und Zlotykurs.

Der „Kurier Poznański“ veröffentlicht in einer seiner letzten Ausgaben die Ausführungen eines polnischen Wirtschaftlers zur Frage der Wirtschaftsanierung. Im folgenden sind die wichtigsten Stellen dieser Ausführungen wiedergegeben, ohne daß wir in allen Punkten mit dem Artikel schreiben übereinstimmen.

Man hat sich bei uns bereits da hinein gefunden, daß eine Verbesserung der Wirtschaftslage an der Erhöhung des Zlotykurses beobachtet wird, das heißt mit einem Anfall der fremden Valuten. Und dann wünscht man immer sich und dem Staate, daß der Kurs sich möglichst schnell der gesetzlichen, ursprünglichen Parität annähert. Nichts ist jedoch schächterlicher, als dieser Wunsch, und nichts könnte für das Land schädlicher sein, als ein schneller Rückgang des Zlotykurses auf die ursprüngliche Parität. Das hat seinen Grund darin, weil über die wirtschaftliche Lage eines Staates und das Wohlergehen eines Volkes heute nicht eine Goldvaluta oder eine auf ihrer Goldparität feststehende Valuta entscheiden, sondern eine solche, die einen Kurs hat, der den wirtschaftlichen Erfordernissen des Landes am ersten entspricht.

Um auf die Bedeutung des Goldkurses für die staatliche Wirtschaft hinzuweisen, führen wir die Tatsache an, daß bei der Goldparität des Zloty unsere Produktion nicht nur seinesseits Exportaussichten hätte, sondern auch keine Absatzmärkte im Inland, der von ausländischen Fabrikaten beherrscht werden würde. Die jetzige Exportlage ist hingegen durchaus zufriedenstellend, wie gleichzeitig auf dem Innemarkt steht der Produktion sehr gute Aussichten bieten. Weiterhin sei auf das Beispiel anderer Staaten aufmerksam gemacht, besonders das Englands. Dieses Land dürfte mit den Folgen seiner Rückkehr zur Goldvaluta durchaus nicht aufzufinden sein. Sein Wirtschaftsleben ist dadurch erheblich erschüttert, was zur Einführung von Schutzzöllen führte, die man in England in Vorfriegszeiten nicht kannte und gegen die man sich dort immer gewehrt hat.

Hieraus geht klar hervor, daß die Rückkehr zur Goldparität für unseren Staat solange unmöglich ist, bis alle die Länder, mit denen wir in wirtschaftlichen Beziehungen stehen, ihre Valuten nicht auf einer dauernden Goldparitätslage stabilisiert haben. Dafür ist es aber die wichtigste Aufgabe unserer Finanzpolitik, den Zloty auf einer unseren wirtschaftlichen Erfordernissen am meisten entsprechenden Höhe zu halten. In der Theorie erhebt sich nur die Frage, welchen Kurs man im gegenwärtigen Augenblick nehmen soll und ob man den jetzigen standig auf seiner Höhe erhalten soll. In der wirtschaftlichen Praxis aber unterliegt es keinem Zweifel, daß die Parität auf den Grundlage des gegenwärtigen Kurses gehalten werden muss. Dieser Kurs bringt eine ganze Reihe von Vorteilen für unsere nationale Wirtschaft mit sich, und wenn man ihn auch verhältnismäßig ein wenig herabsetzen könnte, so dürfe es doch nicht innerhalb eines oder zweier Monate geschehen, sondern höchstens in einem Zeitraum von etwa einem Jahre, damit die Kursänderung nicht zu sehr auf die Kalkulation drückt und damit zu neuen Schwierigkeiten führt. Beträgt mir die Möglichkeit einer Herabsetzung des Zlotykurses, so können wir ihn nicht vorstellen, daß ohne großen Schaden für unsere Wirtschaft bis Mitte des nächsten Jahres der Dollar auf weniger als 8,50 sinkt. Unser Wirtschaftsleben erfordert unbedingt, daß der Zlotykurs nicht erhöht und nicht erniedrigt, sondern nur stabilisiert wird und so alle Hemmungen beseitigt werden, die durch die ständigen Valutawechselungen eintreten können.

Es ist anzunehmen, daß bei einer weiteren Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, mit der wir unbedingt rechnen müssen, sofern wir den Zloty stabil erhalten können, oder bei einer Vermehrung des Exports, die durchaus im Bereich der Möglichkeiten steht, Kraft der ökonomischen Beziehungen der Zloty eine starke Tendenz zum Steigen zeigen wird, was heute schon in gewissem Maße der Fall ist. Jedoch muß in einem solchen Augenblick unsere offizielle Finanzpolitik Mittel und Wege finden, um den Kurs auf seinem vorherigen Niveau zu halten, sei es durch Vergrößerung des Handelsumsatzes auf Grund der Vermehrung des Imports, sei es, was uns das Nächste scheint, auf Grund des großen Geldbedarfs der Wirtschaftskreise durch Verminderung der gesetzlichen Deckung des Geldes bei der Bank Poloni und die Entwicklung einer intensiven Aktion zu Emission von Banknoten. Letzteres würde gleichzeitig den Wirtschaftskreisen die Bedingungen zur Beschaffung von Kreditmitteln erleichtern.

Die Frage der Stabilisierung des Zlotykurses ist also die wichtigste Frage bei der Sanierung unseres Wirtschaftslebens und damit auch der Beziehungen im Staate. Die Mittel, die die Regierung durch die Belebung unserer Handelsbilanz sowie durch die mit der Verminderung der Gelddeckung an der Bank Poloni und der ständigen hierzu im Verhältnis stehenden Vermehrung des Geldumlaufes in die Hand bekommt, werden es uns vielleicht sogar erlauben, ohne die im gegenwärtigen Augenblick vielfach angebotene Hilfe des ausländischen Kapitals uns selbstständig von unseren Sorgen zu befreien und unsere Wirtschaft auf eine starke Grundlage zu stellen.

Wir haben den Mut anzunehmen, daß diese Art der langsam und selbstständigen Erledigung der Wirtschaftskrisis uns sehr große Vorteile sichern würde. Wir glauben, daß durch bedeutende Zuflüsse von ausländischem Kapital in einer verhältnismäßig kurzen Zeit bei uns eine neue Krise hervorgerufen wird, vielleicht noch eine schwerere als die, die wir im gegenwärtigen Augenblick erleben. Und vielleicht gerade deshalb, weil der gewaltige Zufluss von ausländischem Kapital eine sofortige Rückkehr des Zloty auf seine gesetzliche Parität nach sich ziehen würde. Das liegt vielleicht auch im Interesse des Auslandes, aber auf keinen Fall in dem unserer Wirtschaft.

Für Frauen u. Kinder „Matus“
das bekannte Sanitäts-Kraftbier (Malzbier)
empfiehlt
Browar Wielkopolski, Bydgoszcz.
Tel. 1608 und 1603



Koch auf Vorrat!
mit den Original-Fischhaltungsgeräten
der Firma

WECK

Alle Ersatzteile am Lager. 9067

A. Hensel, Dworcowa 97 Telefon 193 u. 408

Jetzt beste Saisonzeit
für Erdbeeren
offeriere das % mit
6,- st das % mit 50 zł
in allerbesten groß-
früchtigen Sorten.

Jul. Röß,
Gartenbaubetrieb
Sw. Trojca 15.
Telefon 48.

Kirchenzettel.

Bedeutet aufschließende
Abendmahlfeier.
Fr. L. = Freitauen.

Sonntag, den 8. Aug. 26.

(10. n. Trinitatis).

Bromberg. Pauls-
kirche. Borm. 8 Uhr:
Pf. Faere. — Donners-
tag, abends 8 Uhr Bibel-
stunde im Gemeindehaus,
Pf. Wurmbach.

Evang. Pfarrkirche.
Borm. 8 Uhr: Pfarrer
Wurmbach. — Dienstag,
abends 7 Uhr Paulus-
Verkündigung im Kon-
firmationsaal.

Christuskirche. Borm.
10 Uhr Pf. Wurmbach.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Jungmänner-Verein im
Gemeindehaus.

Luther-Kirche. Fran-
kenkirche 87/88. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst Pf.
Loffahn. Nachm. 1/4 Uhr
Jugendbund. Abends 7/8
Uhr: Erwachsenengruppe.

Prediger Dörsinger.

Ev.-luth. Kirche, Po-
nertstraße 13. Borm. 9
Uhr: Predigtgottes-
dienst. Nachm. 8 Uhr
Christiane, Pf. Paulig.

Christl. Gemeinschaft.
Marcinkowskiego (Fischer-
straße) 8 b. 3/4 Uhr Ju-
gendbundsstunde, 5 Uhr
Evangelisches versammelt.

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Bibelstunde.

Evang. Gemeinsch., Libelta
(Dachmannstr.) 8. Borm.
9/10 Uhr: Gebetsandacht.
Nachm. 4 Uhr: Gottes-
dienst. Predigt. Beipflema.
Mittwoch, abends 7/8 Uhr
Gefeststunde.

Baptisten-Gemeinde.
Pomorska 28. Borm. 9/10
Uhr: Gottesdienst. 11 Uhr
Sonntagschule. Nachm.
4 Uhr: Gefangendienst.
5/6 Uhr: Jugendverein.
Donnerstag, abends 8 Uhr
Gefeststunde.

Schlesienau. Borm. 10
Uhr: Gottesdienst, danach
Kindergottesdienst. Don-
nerstag, abends 8 Uhr
Bibelstunde in Blumwes
Kinderheim.

Kl. Barcelo. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst.
Weino. Borm. 10
Uhr: Kindergottesdienst.
Nachm. 3 Uhr: Hauptgottes-
dienst. Pf. Sichtermann.

Kruszdotr. Borm. 10
Uhr: Legegottesdienst.

Wilhelmsort. Borm.
10 Uhr: Gottesdienst, da-
nach Kindergottesdienst.

Geldmarkt

Geschäftsmann
sucht 9158

3000 Zt.

gegen hohe Zinsen u.
gute Sicherheit. Off.
unter J. H. an die
Expedition Deja,
Chelmno (Galm)
ulica 22 Szczecina 50/51.

Suche
5000 Zt.

als alleinige Hypothek
auf 150 Morgen großer
Grundstück. Zinsen
nach Vereinbarung. Off.
u. B. 9139 a. d. G. d. 3.

3000 Zloty

auf Goldw., geg. hohe
Sicherheit für längere
Zeit gesucht. Offert. u.
B. 5498 a. d. G. d. 3.

Photograph. Kunst-Anstalt
F. BASCHE, Bydgoszcz-Około
Spezialatelier f. Kinderaufnahmen
Erstklassige Arbeit! Kleine Preise! 8889
6 Stück Postkarten von 4,50 an.

Ertelle
Akadem.-Unterricht
Offizial. Ausbildung
Bruno Wrzeszczynski
Sienkiewicza 13. 5508

Näh-wieder Damens-
u. Kinderarbeiter, bill.
u. gut. Fr. Kowalska,
Około-Chelmińska 23.
F. 482

Bitte Rat!
In welcher Stadt oder
Badeort i. Pol. Deutsch-
land od. Ausland können
gebildete, alt., alleinl.,
evgl. Infl.-Witwe, s. 3.
bess. Stellg., dauernde
selbst. Lebensseitinstan-
zen, durch Einrichtung,
klein. Mittags u. Früh-
stücksl. u. 2-Zimm.
Wohnh. erhalten oder
Aufsichtsstellg. in bess.
Haush. (m. 1 Zimmer u.
Küche)? Anfang Okt.
Off. u. B. 9170 a. d. G. d. 3.

Heirat

28 Jahre, evgl., mit
Aussteuer u. etw. Ver-
mögen, wünsch Herrren-
bekanntschaft

zweds Heirat.

Handwerk, bevorzugt.
Offert. mit Bild erbet.
unter G. 9169 an die
Gelehrtsst. dieser Ztg.

Einheirat

bietet sich einem tücht.
streblamen engl. Hand-
werker nicht unter 28

Jahren, in eine kleine
Landwirtschaft.

Off. unt. G. 5511 an die
Gelehrtsst. d. Zeitung.

Zuchtschriften an

Grete Böhm, Bielsko,
Bielsko Starig. 5. 502

Stellengesuche

Langjähriger, nüchtern, zuverlässiger

Chausseur

(Elektromechaniker)

mit sehr guten Empfehlungen und Kennt-
nissen im Service, sucht per sofort, am
liebsten in der Provinz, Stellung. Offerten
unter D. 5509 an die Gelehrtsst. d. Ztg. erb.

Verh. Gutsinspектор.

ein in Deutschland geb.

schwetzer Staatsangeh.

sucht in der Republik
Polen Stellg. als selbst-
b. unter Leitung steht.

Beamter.

Von Jugend auf im Fach,
Abiobent landwirtsch.

Schule Seite Zeugen. u.

Referenz, tücht. Ader-
wirt und durch besond.

Empf. hervorgeh. Bieh-
wirt. Der politisch. Spr.

etwas mächt. Alter 37.

Frau tücht. Witin, An-
tritt fieberzeit. Einreise-
erlaubnis. Offert. unt.
W. 9168 an d. G. d. 3.

Monteur

für Diesel-Bergaier u.

Gleichstrommot. sow. in d.

Autobranche sucht Be-
schäftigung. Offert. u.
W. 5488 a. d. G. d. 3.

Müller.

deutsch u. polnisch, in

Wort u. Schrift, 21 J.

alt, vertraut m. ländl.

neugezüchteten Müller-
maschinen, sucht Dauer-
stellung. Antritt sofort
oder später. Offerten
unter C. 9166 an die
Geschäftsst. d. Ztg.

Suche

v. jof. od. spät. f. mein.

früheren, verheiratet.

Beamten

28 J. alt, evgl., sucht

Stelle auf grös.

Gute unter Leitung d. Chefs.

Zusch. unter R. 9211
an die Gelehrtsst. erb.

Junger

Wirtschafts-

Beamter

mit abgeleg. Kammer-

prüfung, sucht ab 10.

1928 od. früher Stellg.

Angeb. unter R. 9166
an die Gelehrtsst. d. Ztg.

Suche

v. jof. od. spät. f. mein.

früheren, verheiratet.

Beamten

dem gute Empfehlung.

zur Seite stehen.

Stellung.

Dieselbe ist gesund u.

rüstig, Ende der 40

Jahre. Angeb. u. R.

9172 a. d. G. d. 3.

Suche

5000 Zt.

als alleinige Hypothek

auf 150 Morgen großer

Grundstück. Zinsen

nach Vereinbarung. Off.
u. B. 9139 a. d. G. d. 3.

Suche

3000 Zloty

auf Goldw., geg. hohe

Sicherheit für längere

Zeit gesucht. Offert. u.
B. 5498 a. d. G. d. 3.

Alte, über 60 Jahre bestehende

Königsberger Kolonialwaren-Großhandlung.

die in der Provinz Ostpreußen vor-
züglich eingeführt ist, sucht einen

tätigen Teilhaber

mit größerem Kapital.

9175

Angebote unter Chiffre S. H. 600 an die Annonsen-
Expedition Invalidendank, Königsberg Pr. erbeten.

Zur rechtzeitigen Herbstbestellung

empfehlen wir
anerkannt durch die Pomorska und Wielkopolska Izba Rolnicza:

Orig. u. I. Abs. P. S. G. **Wangenheim-Roggen**

passend auch für rauhere Lagen u. leichtere Böden.

Preis: 65% respektive 35% über Posener Höchstnotiz.

Orig. u. I. Abs. P. S. G. **Pomm. Dickkopf-Weizen**

winter-, lager- u. brandfest, auch für leichtere Böden,

60%, respektive 35% über Posener Höchstnotiz. 9108

Orig. u. I. Abs. P. S. G. **Nordland-Wintergerste**

bereits ausverkauft.

Bei Abnahme von unter 10 Ztr. erhöht sich der Zuschlag um 10%, bei Original

und um 5%, bei I. Abs.

Polako-Niemiecka Hodowla Nasion T. z o. p.

Deutsch-Polnische Saatzucht G. m. b. H.

Zamarte, Teleg. Adr. Ponihora Ogorzeliny.

Gaison-Ausverkauf

Wir wollen Sommerware um jeden Preis
räumen, daher verkaufen

8935

Fast umsonst

Herren-Schmeißköden früher 1,65 jetzt .95

Damenstrümpfe "Flor" .95

Damen-Bodenhüte .95

Damenhemd „Hohlsbaum“ .95

Kinderkleider „Rips“ .95

Kinder-Sandalen 6.

Bromberg, Sonnabend den 7. August 1926.

Die Entwässerungsverhältnisse in den Weichselniederungen.

Von Deichhauptmann Lippke, Graudenz.

I.

Die mehrfachen Klagen von Landwirten, auch in den eingedeichten Weichselniederungen, über die in diesem Jahre stattfindenden Wasserschäden dürften eigentlich nicht in dem Umfang stattfinden und die Schäden nicht in der Größe vorkommen, wie es tatsächlich der Fall ist, wenn mehr wie bisher für Herstellung eines praktischen Entwässerungssystems eingesetzt wird. Erhaltung und Verbesserung der vorhandenen Entwässerungen reicht zeitig und dauernd Fürsorge getroffen würde.

Die Bodenlage wohl in allen Weichselniederungen im ehemaligen Westpreußen ist für Entwässerungsanlagen eine sehr günstige, besser als auf der Höhe, wo Berge und Täler oft wechseln und keine Möglichkeit besteht, eine passende Entwässerung oder Dränage anzulegen. In den Niederungen ist aber einiges Gefälle für Wasserleitung von den niedrigeren Wiesen und Äckern vorhanden resp. kann leicht hergestellt werden, wie in weiteren Ausführungen klargestellt werden soll. Als die uralten Niederungsansiedler sich entschlossen, den ihnen zugewiesenen sumpfigartigen Boden zu kultivieren, überhaupt ertragfähig zu machen, war ihre erste Arbeit, zweckmäßige Entwässerungsgräben anzulegen und zu unterhalten. Dazu gehörten aber eingehende Prüfungen und Feststellungen, ob die projektierten Wasserleitungen genügende Gefälle haben würden. Daher waren mitunter mühsame und lange Vorprüfungen notwendig. Buletzt kamen sie auf den richtigen Einfall und die Erfahrung, daß mit dem Stromabwärts gehenden Weichselgefälle auch der Boden ein ähnliches Gefälle haben müsse. Sie legten zunächst — vom oberen Ende führenden Vängegraben an. Nach und nach wurden — je nach dem Bedürfnisse — Nebengräben und kleine Ausführungsgräben hergestellt. Auf diese Weise entstand ein praktisches regelreiches Entwässerungssystem, das — gestützt auf erprobte Erfahrungen — immer mehr vervollkommen wurde.

Im Laufe der Zeit hatten auch die zuständigen Behörden von den Kulturvorschriften in den Weichselniederungen und den oftmaals schädigenden Wasserüberflutungen Kenntnis erhalten. Sie entdeckten wasserbaufähige Leute — Hydrotechniker — in die Niederungen, ließen Vermessungen vornehmen, Nivellierarbeiten verrichten und verbesserten die Vorflutverhältnisse bis zur Vollkommenheit. Da man ging noch einen Schritt weiter und bildete Genossenschaften, die teils aus eigener Kraft, teils mit Beihilfen der Behörden zum Zwecke der Eindichungen bedeutender Ländereien, um das schädigende Weichselbassiner mit seinen Folgen nach Möglichkeit fern zu halten bzw. zu beseitigen. Auf diese Weise sind die jüngsten kulturkräftigen, ausgezeichnete Erträge an Getreide, Wurzel- und Obstfrüchten erzeugenden Ländereien veredelt und dauernd ertragfähig gemacht worden, auf denen nach und nach existenzielle, teils große, teils mittlere und kleine Nahrungsstellen geschaffen und besiedelt wurden.

Um einigermaßen Klarheit zu erhalten, wann und wie diese niedrigen Ländereien entstanden sind, müssen wir uns im Grunde auf einen Zeitraum von mindestens 5000—6000 Jahren zurücksezen, in dem gewaltige Naturveränderungen stattgefunden haben. Gestogen und Naturforscher kommen zu der Annahme, daß die Ostsee früher ein Teil des nördlichen Eismeeres gewesen sei, dessen Ufer bis an die Karpaten reichte. Schwimmende Eisberge hätten große Steinblöcke nach Süden gebracht. Beim Schmelzen des Eises seien die Steinblöcke auf den damaligen Meeresboden gesunken, wie sie noch jetzt — nach dem Zurückweichen des Eispegels im Verlaufe der oben angegebenen Zeit — als Wahrheitshinweis der Behauptungen liegen geblieben sind. Es wird auf den sogenannten Teufelsstein in der Tucheler Heide und andere Steine (Findlinge) hingewiesen, sowie auf Bernsteinfunde in vielen Gegenden Westpreußens und Pommerns, also Gegenstände, die man noch heute in und an der Ostsee findet. Dann wird ferner angegeben, daß das ehemalige Grundbett der Ostsee jetz der jetzige pommersch-baltische Landrücken, der sich in einer Höhe von 80 bis über 150 Meter nach Normalnull (N. N.) dahinzieht. Die Weichsel selbst, welche auf den Karpaten — ca. 2000 Fuß über dem Meeresspiegel — entspringt, habe mit ihren riesigen Wassermassen des ca. 3000 Quadratmeilen umfassenden Niederschlagsgebietes den Landrücken gewaltig durchbrochen und die großen Wassermassen in raschenden Strömungen in die Ostsee getrieben. Die jüngsten Niederschläge seien also Ablagerungen (Alluvionen), teils vom durchbrochenen Hochland herabstammend, teils von den vielen Sanktostoffen entstanden, welche die Weichsel mit ihren zahlreichen Nebenflüssen, Abriß von den steilen Gebirgen und Uferändern bei den reißenden Wasserströmungen talmäßig brachten. Die Verlangsamung des Wasserlaufes (Verringerung des Stromgefäßes von ca. 1 Meter bis auf 0,2 Meter pro Kilometer) habe zuerst die schweren Sandmassen, dann die leichten Lehms- und Schlickteile weiter unterhalb abgesetzt.

Pommernellen

6. August.

Graudenz (Grudziądz).

a. Aufwertung der Stadtparkasseinslagen? Wie man hört, wird die heimliche Stadtparkasse für feste Kriegseinlagen eine zwanzigprozentige Aufwertung festsetzen. Für neuere Einslagen und Konten, die bewegt wurden, soll nur eine zehnprozentige Aufwertung in Frage kommen.

e. Große Arbeitslosigkeit herrscht unter manchen Handwerkern. Für neu ausgerichtete Gelegenheiten ist es beim besten Willen nicht möglich, eine Arbeitsgelegenheit zu finden. Besonders das Schlossergewerbe weist viele Arbeitslose auf.

R. Vom Graudener Stadion. Auf dem früheren Ausstellungsort an der Rehdenerstraße, dem jüngsten Sportplatz, ist man noch immer beschäftigt. Es ist in letzter Zeit ein Stadion geschaffen, das durch eine feste Holzschranke begrenzt ist. Die kreisförmige Bahn hat eine feste Schüttung erhalten, die durch eine schwere Walze geglättet wurde. Die Kreisfläche ist in Rasen umgewandelt. In dem einen Gebäude des Platzes wohnt ein Wächter. Neuerdings wird auch das Restaurant in Betrieb gesetzt. Der Platz hat hart an der Rehdenerstraße und am Stadtpark eine sehr günstige Lage für Sportzwecke.

e. Das schnelle Tempo der Autos und Motorräder. Während die Kraftwagen in den Straßen selten das vorgeordnete Tempo überschreiten, nehmen viele Motorradfahrer Geschwindigkeit und Sicherheit auf den Straßen gefahren. Mit großer Geschwindigkeit wird in den Straßen gefahren. Es scheint fast, als ob in den Straßen förmliche Rennen abgehalten werden. Die Motorräder jagen neben- und hintereinander dahin. Einmal mehr Aufmerksamkeit der Aufsichtsorgane über die wilden Fahrer wäre sehr zu empfehlen. Man muß

sich nur wundern, daß nicht mehr Unglücksfälle durch das schnelle Fahren entstehen.

Thorn (Toruń).

dt. Stadtverordnetenvorsteher Antczak legte auf der Mittwochssitzung sein Amt nieder und erklärte, infolge der Angriffe durch diejenige Partei, welche ihn auf diesen Posten mitgewählt hatte, dieses nicht weiter zu bekleiden. Hierauf wurde ihm auf Antrag eines Stadtverordneten mit großer Mehrheit ein Vertrauenstrotz ausgesprochen, jedoch lehnte A. weiterhin ab. Man schritt zur Wahl, nachdem eine 10-Minutenpause anberaumt worden war. Von 41 Stadtverordneten stimmten 31 für Antczak und 10 gaben leere Karten ab. Gewählt wurde ohne Aufführung einer Kandidatur. Auf Grund dieses Ergebnisses nahm A. die Wahl an.

dt. Sommerkolonie für Schulkinder. In dem Gebäude der ehemaligen Volksschule auf der Culmer Chaussee ist seit einiger Zeit eine Sommerkolonie für Schulkinder unter Leitung von Fr. Marie Witte errichtet worden. Ungefähr 10 Kinder haben hier Unterkunft gefunden, um sich während der Ferienzeit etwas zu erholen und frisch zum Beginn des neuen Schuljahres zu sein. Der Magistrat gewährte zur Unterhaltung dieser armen, oft rachitskranken Schuljugend eine Beihilfe von 70 Groschen täglich pro Kopf. Die Kinder erhalten hier täglich ihr Frühstück, bestehend aus Butterkäse und frischer Milch, ein kräftiges Mittagbrot und Abendbrot — so daß oft Kinder in einigen Tagen bis 5 Kilo zunehmen. Täglich ist ferner ein Arzt zur Stelle, um den Gesundheitszustand der Kinder zu kontrollieren. Da die Mittel, die der Magistrat stiftet, allein nicht ausreichen, haben bereits viele Personen sich teils mit Geldspenden, teils mit Naturalien an der Aufrechterhaltung dieser Kolonie beteiligt, darunter auch in beträchtlichem Maße die diesigen dentische Bürgerstadt. Die eingegangenen Mittel gehen aber bald wieder zur Reihe, weshalb die Leitung einen Aufruf an die Bürger erlässt, ihr Scherlein nochmals beizutragen.

* Ein folgenschwerer Motorradunfall ereignete sich auf der Graudener Straße. In voller Fahrt befand sich ein Motorrad, auf welchem sich die beiden Thorner K. Cierpialkowski und W. Wasilewski befanden, und kam ins Schleudern, sodass es schließlich umkippte. C. erlitt dabei einen Arms- und Beinbruch, W. wurde leicht verletzt. Beide mussten durch die Rettungswache ins städtische Krankenhaus geschafft werden.

* Die Diebstähle nehmen in letzter Zeit wieder in erschreckendem Maße überhand. Der tägliche Polizeibericht verzeichnet im Durchschnitt die Festnahme von 4—6 Personen wegen Diebstahls. Der letzte Polizeibericht verzeichnet die Festnahme der Diebe, welche jüngst einem hiesigen Schlachtermeister für über 2000 Złoty Fleischwaren gestohlen hatten, sowie die Verhaftung eines Betrügers, welcher 2724 Złoty unterschlagen hat.

Vereine, Veranstaltungen etc.

Ein großes Monstre-Konzert der vereinigten Kapellen der Infanterie Nr. 83 und 14 aus Toruń und Włocławek mit insgesamt 100 Mitwirkenden findet an diesem Sonnabend (7. August) im Garten „Daza“ statt. Eintritt 50 Groschen. Näheres im heutigen Anzeigenblatt.

(9183 *)

Thorn.

Für die vielen Beweise herlicher Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Entschlafenen, für die vielen Kränz- und Blumenpenden lagen wir Allen, insbesondere Herrn Pfarrer Heuer für seine trostende Worte herzlichen Dank.

Familie Rattelsberger.
Toruń, den 4. August 1926.**Bromsilber-Rettungsreure**

für große Bergungsanstalt, nur flotte und saubere Arbeiter, von sofort gefügt. Gleichzeitig werden

tüchtige Agenten

eingestellt.

Zaklad Powiększenia Spychalski

Strumylowa. Toruń. Telefon 398.

Gämtliche Schreibwaren

für Büro und Kontor halte ich in nur guten, langjährig bewährten Qualitäten am Lager: Kontobücher, Farbbänder, Farbtücher, Kohlepapier, Blei- und Zeichentinte, Büroleim, Radiermittel, Musterbütel, Lohntüten, Umschläge, Briefpapiere usw.

Justus Wallis, Toruń

gegr. 1853. Schreibwarenhaus gegr. 1853.

Kontakt. Nachrichten.

Sonntag, den 8. Aug. 26.

Rentzschau.

Borm. 10. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 11. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 12. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 13. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 14. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 15. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 16. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 17. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 18. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 19. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 20. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 21. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 22. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 23. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 24. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 25. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 26. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 27. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 28. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 29. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 30. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 31. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 32. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 33. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 34. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 35. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 36. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 37. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 38. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 39. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 40. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 41. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 42. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 43. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 44. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 45. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 46. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 47. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 48. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 49. u. Trinitatis.

Kontakt.

Wort. 50. u. Trinitatis.

Kontakt.

